

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Jian Omar (GRÜNE)**

vom 10. Oktober 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Oktober 2023)

zum Thema:

Hat sich der Regierende Bürgermeister Kai Wegner für die Vornamen-Debatte entschuldigt?

und **Antwort** vom 26. Oktober 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Okt. 2023)

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
- Senatskanzlei -

Herrn Abgeordneten Jian Omar (GRÜNE)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16 983
vom 10. Oktober 2023

über „Hat sich der Regierende Bürgermeister Kai Wegner für die Vornamen-Debatte entschuldigt?“

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Senatorin Cansel Kiziltepe hat in einem am 20.09.2023 veröffentlichten Interview mit der „taz“ auf eine Frage hinsichtlich der „Vornamenskampagne der CDU im Wahlkampf 2023“ Folgendes gesagt: „Die rassistische Namenskampagne haben wir in den Koalitionsverhandlungen immer wieder angesprochen. [...] Kai Wegner hat sich dann ja auch entschuldigt für sein Verhalten.“ - <https://taz.de/Senatorin-ueber-Schwarz-Rot-in-Berlin/!5958207&s=kiziltepe/>

1. Wann und in welcher Form hat sich der Regierende Bürgermeister Kai Wegner entschuldigt?
2. Bei wem und in welchem Wortlaut hat sich der Regierende Bürgermeister entschuldigt?
3. Warum wurde die Entschuldigung, sofern es sie denn gab, nicht auf den öffentlichen Kanälen des Senats publiziert?
4. Teilt der Senat die Aussage der für Antidiskriminierung zuständigen Senatorin, die bei der Vornamen-Debatte von einer "rassistischen Namenskampagne" spricht?

Zu 1. bis 3.: Dem Senat liegen keine Erkenntnisse hinsichtlich Inhalt und Wortlaut des angesprochenen persönlichen Gesprächs zwischen dem Regierenden Bürgermeister und der für Antidiskriminierung zuständigen Senatorin vor.

Zu 4.: Der Senat nimmt keine Bewertung von Äußerungen seiner Mitglieder aus persönlichen Gesprächen vor. Entsprechend den Richtlinien der Regierungspolitik engagiert sich der Senat konsequent im Kampf gegen jede Form von Extremismus, Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Rassismus.

Berlin, den 26.10.2023

Der Regierende Bürgermeister
In Vertretung

Florian Graf
Chef der Senatskanzlei